

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1911

230 (20.8.1911) Zweites Blatt

Bezugspreis:

Direkt vom Verlag vierwöchentlich M. 1.60 einschließlich Trägerlohn; abgeholt in d. Expedition monatlich 50 Pfennig. Durch die Post zugestellt vierteljährlich M. 2.22, abgeh. am Postkass. M. 1.80. Einzelnummer 10 Pf.

Redaktion u. Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt.

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen.

Anzeigen:

Die einseitige Belegseite oder deren Raum 20 Pfg. Reklamezeile 45 Pfennig Rabatt nach Tarif. Aufgabzeit: größere Anzeigen bis spätestens 12 Uhr mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschluß: Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 2994.

Zweites Blatt

Begründet 1803

Sonntag, den 20. August 1911

108. Jahrgang

Nummer 230

Wochen-Rundschau.

Nachlänge zum Katholikentag in Mainz lassen sich in der Presse hören. Unter ihnen am bemerkenswertesten ist, was die „Deutsche Tageszeitung“, also ein dem Zentrum gewiß nicht unfreundliches und ein nichts weniger als katholikenfeindliches Blatt, schreibt. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des „Bundes der Landwirte“, bedauert, daß die „Borromäus-Engländer“ wieder gefeiert worden ist. Man hätte sie ruhig lassen sollen, nachdem die Angelegenheit zwischen Berlin und Rom seine diplomatische Erledigung gefunden hatte. Wie die „Anti-Modernismus“-Angelegenheit gezeigt habe, daß die Grenzgebiete zwischen Staat und Kirche nur mit äußerster Vorsicht betretbar sind, sofern man den Frieden zwischen Staat und Kirche will, so müsse auch das evangelische Empfinden hinsichtlich der Reformatoren gespart werden, wenn die Katholiken — mit Recht — verlangen, daß ihre religiösen Gefühle geachtet werden. Gegenwärtige Rücksichtnahme! — Unliebham vermerkt wurde auch eine fast spöttische Äußerung über Marokko und ein unmotivierter Ausfall gegen den badischen Unterrichtsminister, der doch wahrlich in der Freiburger Universitätsfrage gezeigt hat, daß er kein „Kulturkämpfer“ ist. Wenn gar die Ablehnung des Besuchs einer Ordensniederlassung durch die preussische Regierung Anlaß zu einem Sturm gibt, so berührt das in — außerpreussischen Staaten sonderbar, nachdem man doch weiß, wie viele Ordensniederlassungen Preußen seit 1887 genehmigt hat, so daß allen Bedürfnissen abgeholfen ist. Die Pflicht, jede betriebige Forderung unbesehen zu bewilligen, hat die preussische Regierung nicht. Was muß es für einen Eindruck außerhalb der Mauern „Alions“ machen, wenn man innerhalb nicht Maß zu halten versteht? — Ähnlich ist es mit dem Jesuitengesetz. Der § 2 — nach Windthorst selber nur der § 2 das „Ausnahmegesetz“ — ist gefallen, der § 1 besteht zu Recht und wird es voraussichtlich bleiben. Das Gesetz aber muß jedermann achten und befolgen, solange es besteht. Jesuitenmissionen in Umgegend des Gesetzes sollten also nicht sein. In Preußen werden sie versucht. Wozu denn? Gibt es denn in Preußen nicht genug Orden, die Missionen veranstalten können? Wozu es denn partout ein verbotener sein? Man sollte dem Volke in der Achtung vor dem Gesetz überall mit gutem Beispiele vorangehen.

bürgerlichen Illusionisten schon auf dem Weg zur „Nationalisierung“ gesehen wurden, so weit reichte der Blick mancher Hellseher in die Zukunft. Die Partei arbeitet mit dem Kriegsgespinnst. Als ob nicht friedliche Lösungen des Marokkoproblems näher lägen, unter voller Wahrung der deutschen Interessen! Wie erfrischende Dafen in der Wüste muten die Worte Bernsteins an, und die Hildebrands — pardon: Hildebrand ist eigentlich ein Nationalsozialist —, und des „Außenleiters“ G. Bernhard in seinem „Nitus“. Zwischenhinein macht sich die Verfassungsfrage in Mecklenburg bemerkbar. Der Großherzog von Strelitz hat der Ritterschaft noch einmal ins Gewissen geredet und zum Entgegenkommen gemahnt. Wenn die Ritterschaft veräußert, zeitgemäße Konzeptionen zu machen zur rechten Zeit, so wird es ihr Schaden sein. Verzicht auf das Budgetrecht werden die Großherzoge von Mecklenburg nur auf dem Wege einer modernen Verfassung.

Eine Verfassungsfrage ist es, um die sich der Kampf in Belgien dreht: nämlich die Abänderung des Wahlrechts, die Ersetzung des Pluralwahlrechts durch das gleiche Wahlrecht. Für diese Forderung, zusammen mit der des obligatorischen Schulunterrichts haben die Liberalen mit den Sozialisten in Brüssel demonstriert. Der obligatorische Schulunterricht ist recht, wenn der Religionsunterricht dabei ist; sonst muß man gerechtere Weise die Privatschulen freigeben, mit Rücksicht auf die Eltern, die eine Schule mit Religionsunterricht wollen. Für das gleiche Wahlrecht muß eine Zweidrittel-Mehrheit der Kammer vorhanden sein, und die gibt es unter dem jetzigen Wahlrecht nicht. Dagegen können die Liberalen auch unter dem jetzigen Wahlrecht eine größere Bedeutung gewinnen, als Mittelpartei, unabhängig nach rechts und links, wenn sie es verstehen, vollständig zu werden. Hat doch auch die Fortschrittspartei in Preußen in den 1860er Jahren die Macht gehabt, trotz des Dreiklassenwahlrechts, freilich ohne damals an dessen Abschaffung zu denken. Zusammen mit der konservativen (katholischen) Partei in Belgien haben die Liberalen die Abschaffung des Zensus-

wahlrechts und die Einführung des Pluralwahlrechts mit Proporz bewerkstelligt. Bei einem schrankenlosen, allgemeinen, gleichem Wahlrecht werden in Belgien mit den Merkmalen die Liberalen weggeschwemmt werden. Mit noch vielen anderen.

Da sind die englischen Liberalen vorsichtiger, so radikal sie sonst gegen das Oberhaus vorgegangen sind. Ihr Erfolg bedeutet aber wohl nicht den Abschluß des Verfassungstempels, sondern vielleicht erst den Anfang. Die Konservativen wollen sich reorganisieren. Und anscheinend wollen ihnen die Zeitumstände zu Hilfe kommen. Es sind die Begleitererscheinungen der sozialen Krisis, in die England aus der Verfassungsstrife hineingeraten ist. Eine solche Erschütterung des Staates! Man denke: in England, im Eldorado der Freiheit, im Freistaat! Aber die Demagogie, mit der die Minister Lloyd George und Churchill nicht nur gegen Deutschland, sondern auch in der inneren Politik gearbeitet haben, hat ungewollte Früchte getragen.

Was die englische Arbeiterbewegung selbst betrifft, so muß unterschieden werden zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen, man muß wissen, inwieweit sie in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, im Geschäftsgang z. begründet sind. Man muß bedenken, daß die Eisenbahnen in den Händen von Privatgesellschaften sind; man muß bedenken, daß es sich um viele nichtorganisierte und ungelernete Arbeiter handelt, und man muß zugeben, daß im allgemeinen die Arbeiterorganisationen Disziplin bedeuten und die reguläre geordnete Kriegsführung ermöglichen; eine solche zwischen Arbeiterorganisation und Arbeiterbewegung wird das kleinere Übel sein, mit dem man in Zukunft sich abfinden muß. Aber ob die Massen so zu disziplinieren sein werden, daß sie den Organisationsführern immer in der Hand bleiben? Und ob die Tarifverträge und Schiedsgerichte nicht auch einmal ins Wanken geraten werden? Darüber gibt uns die Zukunft keine sichere Antwort. Item, die Eisenbahner wollen beim Einigungsverfahren durch ihre unabhängigen

Organisationsbeamten vertreten sein. Darum dreht sich ihr Kampf. Im übrigen sieht man hier, wie schlimm ein Land daran kommen kann, das seine Lebensmittel nicht selbst produziert, sondern auf die Einfuhr angewiesen ist.

Hinsichtlich der auswärtigen Politik haben sich nun doch einige Engländer gefunden, die gegen die deutschfeindliche Regierungspolitik öffentlich Protest erhoben haben. Eine Schwalbe macht aber noch keinen Sommer, und die organisierte englische Spionage in Deutschland läßt tief blicken.

Selbst in der Türkei scheint England erneut zu mühen gegen Deutschlands Einfluß, bei den Jungtürken anscheinend nicht ganz ohne Erfolg. Beim Schlußstück der Bagdadbahn bis zum persischen Golf wollen die Engländer nicht zu kurz kommen. Damit die Franzosen nicht zu kurz kommen in der Türkei, lassen sie sich Bahnen konzessionieren und geben dafür eine Anleihe, deren Zinsen aus Zollerhöhungen befristet werden sollen, was den Einfuhrhandel belastet. In Afrika freilich kommen die Türken den Franzosen in die Quere, was diese nicht übel verschmüpft hat.

In Persien ist der Schnupfen auf Seiten der Engländer, denen die Russen mit dem Erschlag eines Spud spielen. Das deutsch-russische Abkommen über Nordpersien gibt ohnehin — unter Wahrung der deutschen Interessen — den Russen starke Trümpe in die Hand, verpflichtet sie aber ihrerseits, sich an keiner Kombination gegen Deutschland zu beteiligen.

Das sieht man in der Marokkofrage, in der Rußland neutral geblieben ist, zum Leidwesen der Franzosen und Engländer. Englands geheime Angst, Frankreich könnte mit Deutschland einig werden, ist noch immer unbegründet: in den Verhandlungen ist sogar eine Stockung eingetreten. Französische Militärbatterien rasteten gewaltig mit dem Säbel, selbst der Luftschiffverbedriner drohte Deutschland gar gewaltig mit der Zerstörungswut einer Luftkriegsflotte, und ein Professor Lariffe hielt eine Revancherede um Elsch-Bothringen willen. Aber — der wack're Schwabe forcht' sich nit, ging seines Weges Schritt für Schritt. In Anbetracht seines guten Gewissens und der Gerechtigkeit seiner Sache, die sich ohne Krieg durchsetzen wird.

Zum Schluß hat in Amerika der Senat der Vereinigten Staaten dem Präsidenten einen Strich durch die Rechnung des Schiedsgerichtsvertrags mit England gemacht, durch den er dachte, zuvorderst England den hochfliegenden Plänen Amerikas nicht nur ungeschädlich, sondern sogar dienlich zu machen, zum mindesten England zu „neutralisieren“, inzwischen in Kanada die Engländer auszustechen, und dann Japan ein Paroli zu bieten. Indessen der Senat hat noch einige Bedenken, die erst behoben sein wollen.

Und ob Bruder Jonathan Japan diplomatisch „unterkriegen“ wird, auch in China, ist erst noch ebenso die Frage, wie das andere, wie Rußland bei dem Wettrennen abschneiden wird. Für die deutsche Diplomatie eröffnen sich da bedeutsame Perspektiven.

Süddeutsche Handwerkskammertagung.

Die Vereinigung süddeutscher Handwerkskammern, die seit Jahren regelmäßig kurz vor dem allgemeinen deutschen Handwerks- und Gewerbetagungssamstag in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Konstanz, Stuttgart, Reutlingen, Heilbronn, Ulm, Augsburg, Straßburg, Passau und Sigmaringen besetzte Konferenz, Gegenstände der Beratung waren die wichtigsten Punkte aus der Tagesordnung des in Düsseldorf stattfindenden deutschen Handwerks- und Gewerbetagungssamstages. Neben die im Reichsamt des Innern veranstaltete Reichshandwerkerkonferenz, die sich bekanntlich mit den Fragen der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, der Heranziehung von Fabrik zu den Kosten der Lehrlingsausbildung und der Abschaffung des § 100 a der Gewerbeordnung befaßte, berichtete der Geschäftsführer des deutschen Handwerks, Generalsekretär Dr. Meusch. Er bedauerte, daß die Konferenz im wesentlichen ergebnislos verlaufen sei, legte aber Wert auf die gegen die den Vertretern des Kammerkongresses gemachten Vorwürfe, sie hätten den Beschluß des letztjährigen Kammerkongresses betreffend des § 100 a nicht energisch genug vertreten. Die Reichsregierung scheinbar zurzeit jedenfalls geneigt, den auf die Abschaffung gerichteten Bestrebungen Rechnung zu tragen. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung berichtete die Handwerkskammer Augsburg, vertreten durch ihren Syndikus Dr. Burpus. Er vertrat den Standpunkt, daß nur einer solchen Arbeitslosenversicherung zustimmen sei, die sich absolut auf dem Boden der Selbsthilfe aufbaue, also keinerlei öffentliche Mittel in Anspruch nehme. Syndikus Hermann Reutlingen trat namens seiner Kammer diesen Ausführungen bei. Die Konferenz hieß die Beschlüsse des Referenten einstimmig gut. Daraus ablehnend verhielt sich die Mehrheit der Konferenz zu dem Gegenstand über die Privatbeamtenversicherung. Einen

Depeschendienst des „Karlsruher Tagblattes“

Redaktion und Verlagsverwaltung unter Mitwirkung der Korrespondenten des Karlsruher Tagblattes

Der Kaiser und die Primaner.

Wilhelmshöhe, 19. Aug. Heute vormittag 10 Uhr erfolgte die Uebergabe einer neuen an die Primaner des Kaffeler Ferdinandiums an Stelle der alten Fahne, die seinerzeit Kaiser Friedrich den Primanern geschenkt hatte. Die Schüler der Primanern nahmen auf der Terrasse des Schlosses nach der Heraldestatue zu Aufstellung, mit ihnen der Direktor und das Lehrkollegium, sowie einige Militärintendanten des Kaisers. Der Kaiser, in der Hofgarnitur, erschien in Begleitung des Generaladjutanten von Pfeffen und der dienftunfähigen Flügeladjutanten. Er hielt eine längere Ansprache, in der er ungeschärft ausfuhrte, die Primaner müßten sich die Freude am Schönen bewahren, die sie aus der Harmonie der klassischen Bildung schöpfen. Dann aber müßten sie aus dem Studium der Geschichte des deutschen Volkes zu lernen suchen, wie sie an der Größe des deutschen Volkes mitarbeiten könnten an ihrem Teil, nur als Deutsche, ohne beengt zu sein von den Grenzen einer Partei. Als Studenten sollten sie Sport treiben, auch denjenigen des Kampfes, aber den Athletiksport meiden. Der Kaiser erwähnte hierbei das Beispiel der amerikanischen Studenten. Er übergab hierauf die Fahne dem Primus. — Der Direktor erwiderte in einer Ansprache und die Schüler brachten ein dreifaches Hurra auf den Kaiser aus. Der Kaiser ließ sich die Lehrer und Primaner vorstellen. Die Kaiserin und die Prinzessin Vittoria wohnten dem Akt vom Fenster des Schlosses aus bei. Nach Schluß der Feier wurden den Lehrern und Schülern Erfrischungen gereicht.

Ueberlegter Brudermord?

r. Trier, 19. Aug. (Privatmeldung des „R. T.“) Gegen den Kaufmann von Chamier-Giszinski aus Hannover, der seinen Bruder, den Leutnant von Chamier-Giszinski im Militärlager erschossen hat, ist die Voruntersuchung wegen Mordes eröffnet worden. Die Angaben des Verhafteten über die Motive der Ermordung haben sich als unwahr herausgestellt. Es liegt vielmehr ein Racheakt vor, der sich als wohlüberlegter Brudermord charakterisiert.

Die deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen.

s. Paris, 19. Aug. (Privatmeldung des „R. T.“) Das hiesige Telegraphenbureau „L'Information“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß nach der Unterredung, die am Schluß des Monats August zwischen dem französischen Botschafter Cambon und dem

deutschen Staatssekretär Ritterlen-Wächter stattfindet, eine größere Pause in den Verhandlungen eintreten werde. Deutschland sei immer wieder auf die bereits abgelehnten Vorschläge zurückgekommen. Da für die weiteren Verhandlungen die Mitarbeit einer Reihe von Diplomaten notwendig sei, die sich zur Zeit auf Urlaub befinden, sei es unmöglich, daß eine Verständigung vor Ablauf einiger Monate erfolge. (1)

Die soziale Krisis in England.

n. London, 19. Aug. (Privatmeldung des „R. T.“) Die atlantischen Dampfergesellschaften haben bekannt gegeben, daß sie keine Garantie mehr für das Gepäck übernehmen können. Der gestrige Minister unter Aquiliths Vorhölz dauerte 2 Stunden. Der militärische Befehlshaber in Liverpool, ebenso der Londoner Polizeichef waren zugezogen worden. Die Preise für Lebensmittel sind um 50 % gestiegen. In Liverpool sind bisher über 600 Personen verhaftet. Die Regierung hat zur rückständigen Niederwerfung des Terrorismus in Liverpool jetzt 4000 Truppen zur Verfügung.

Vom persischen Kriegsschauplatz.

P. Petersburg, 19. Aug. (Privatmeldung des „R. T.“) Zur Lage in Persien melden russische Zeitungen, daß das Gerücht von der Ermordung des Erzherzogs von Flückingen aus Astrabad verbreitet worden ist. Die amtlichen russischen Kreise bezeugen die Richtigkeit, da der Erzherzog sich noch vor wenigen Tagen in Tiflis befunden hat. Aus Teheran sind nach dem Norden über 2000 Truppen und Freiwillige abgegangen, weitere werden heute folgen.

Gegenrevolution in Portugal.

n. London, 19. Aug. (Privatmeldung des „R. T.“) Lissaboner Korrespondenten senden ihren Blättern über die spanische Grenze alarmierende Telegramme über die Lage in Lissabon. Portugiesische Monarchisten beunruhigen von neuem die Hauptstadt und Mannschaften des Heeres sympathisieren mit ihnen. Die Regierung fährt fort, das Heer zu säubern und die Grenzen durch Befestigung zu schützen. Neuerdings hat das Kriegsministerium die Entwarnung von 6 Bataillonen angeordnet.

Weitere Nachrichten unter Letzte telegraphische Meldungen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

